

Stimme der Gemeinde

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **63 (1969)**

Heft 9

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141618>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stellungnahmen von Bundeskanzler *Kiesinger* und Bundesausserminister *Willy Brandt*, der es in der Hand gehabt hätte, ehemalige Kriegsverbrecher aus ihren Ämtern zu entfernen und es *nicht* getan hat, beweisen, dass es sich bei den Aussagen von F. J. Strauss tatsächlich um die Generallinie der Bonner Regierung handelt, nämlich:

«Das Abendland zu kräftigen, seine geraubten deutschen, magyrischen und rumänischen Gebiete zurückzugewinnen durch friedliche Ausnutzung jeglicher politischer Möglichkeit, heisst tatsächlich das Ziel, wofür wir wirken müssen» (Kiesinger in «Süddeutsche Vierteljahresblätter», 1966) und «Über die Einigung im westlichen Teil Europas hinaus müssen die Länder Ost- und Westeuropas wieder zusammengeführt werden, unter veränderten Verhältnissen, auf neuer Basis. Das Ziel unserer Europapolitik hat mehr als den westlichen Zusammenschluss im Auge. Es gibt darüber hinaus eine deutsche Mitverantwortung für ein eigenes Interesse an Gesamteuropa.» (Willy Brandt, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 139, 1. Dezember 1967.)

Red.

Stimme der Gemeinde

Brief nach Polen 1. September 1939/1. September 1969

An das Polnische Friedenskomitee,
Herrn Professor Jerzy Bukowski,
Warschau

Sehr geehrter Herr Professor Bukowski!

Wir Herausgeber und Mitarbeiter der «Stimme der Gemeinde», in der 1967 Ihr Beitrag «Polen—Deutschland: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft» erschien, möchten über das Polnische Friedenskomitee uns mit einer Adresse an die Bevölkerung Ihres Landes wenden.

Am 1. September vor dreissig Jahren begann mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Ihr Land der Zweite Weltkrieg. Wir möchten Sie aus Anlass dieses Tages wissen lassen, dass wir das Leid und die Leiden nicht vergessen haben, die Deutsche mit dem Hochmut und der Brutalität einer «Herrenrasse» durch diesen Akt nackter Gewalt über das polnische Volk gebracht haben. Viele von uns sind als Soldaten Augenzeuge schrecklicher Greuel gewesen: der Vertreibungen von Haus und Hof, der Verhaftungen polnischer Männer, besonders der Intelligenz; viele von uns sahen Kolonnen von Polen und Juden, die ihr eigenes Grab schaufeln mussten; wir denken an die Verordnung, dass Polinnen unter Androhung von Strafe bis zum 27. Lebensjahr keine Kinder gebären durften; wir denken an die Schliessung der Schulen, damit ein polnisches Volk von Sklavenarbeitern und Analphabeten den deutschen «Herrenmenschen» zur Ausbeutung zur Verfügung stehe. Wir denken an den Befehl zur Ausradierung Ihrer Hauptstadt *Warschau*, der mit der uns Deutschen eigenen Gründlichkeit vollzogen wurde; an die Marterkeller der Gestapo und SS, an das Getto mit seinen 400 000 Opfern, an das Todeslager *Auschwitz*, in dem 4 000 000 Menschen aus ganz

Europa in Öfen und offenen Gruben verbrannt wurden: Säuglinge und Kinder, deren eingesammelte kleine Schuhe noch heute zu sehen sind; Frauen, von denen Berge abgeschnittener Haare in Auschwitz noch heute Zeugnis geben von dem, was geschehen ist.

In Ihre Sprache ist seit jenen Jahren ein deutsches Wort eingegangen: «Grossaktion». Dieses deutsche Wort steht über den Trümmern der Städte, über Auschwitz, über den Leichen der Umgebrachten, über den Lücken in jeder Familie und über den Ruinen der Industriebetriebe. Ganz Polen war der Schauplatz einer einzigen «Grossaktion», begonnen am 1. September 1939, durch Deutsche und in unserem Namen vollzogen: von 30 Millionen Polen 6 Millionen Tote, Ermordete, Umgebrachte.

Aber was sagt schon eine Zahl aus sieben Ziffern. Wir müssten an diesem 1. September 1969 anfangen laut zu zählen: eins — zwei — drei — vier — fünf ... bis 6 000 000, wie Günther Anders einmal in Warschau vor dem Denkmal des Gettos sagte, und uns dabei bewusst werden, dass jede einzelne Zahl für ein Kind, eine Frau, einen Mann, eine Greisin, einen Greis, für ein Mädchen, für einen Jüngling steht. Und das alles nicht im Geschehen eines Krieges, sondern in fünf Jahren Besatzungszeit in kalter Berechnung und Planung, auf staatliche Anordnung und menschenverachtendem Gehorsam gegenüber Befehlen!

Wir möchten Sie wissen lassen, dass wir das alles nicht vergessen haben. Und weil wir nicht vergessen haben und nicht vergessen können, kämpfen wir bei uns darum, dass das polnische Volk endlich in gesicherten und anerkannten Grenzen in Frieden, ohne Sorge vor neuen Bedrohungen seiner derzeitigen Grenzen, leben und einer glücklichen Entwicklung für sich und seine Kinder entgegensehen kann. Darum treten wir immer wieder für die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze auch durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein. Solange die Regierung der Bundesrepublik ihren Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen aufrechterhält und die gegenwärtigen Staatsgrenzen in Osteuropa, auch durch Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, in Frage stellt, verstehen und unterstützen wir Ihre Forderung nach Anerkennung Ihrer Westgrenze auch durch die Regierung der Bundesrepublik. Wir verschweigen dabei nicht, dass wir mit Abscheu und mit Erschrecken das Erwachen und die ungehinderte Ausbreitung eines Neofaschismus bei uns beobachten, der sich nicht nur in der Existenz der NPD äusserst. Wir haben einen gemeinsamen Feind: den Faschismus, der schon einmal mit Ihrem Volke viele Völker Europas und unser eigenes in den Abgrund gerissen hat.

Seien Sie versichert, dass weite Kreise unserer Bevölkerung, auch weite Kreise, die — wie viele von uns — aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen stammen, nicht daran denken, Ihre Westgrenze zu verändern. Wir werden — wie bisher — alles uns mögliche tun, dass das polnische Volk in seinem Staate durch eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung nie mehr einer Bedrohung seiner Souveränität und seiner heutigen Staatsgrenzen sich ausgesetzt sieht, und dass nicht ein neuer Faschismus Sie und

uns alle vernichtet. Der 1. September 1939 und seine schrecklichen Folgen sind uns Mahnung und Verpflichtung.

Nehmen Sie bitte diesen unseren Brief als ein Zeichen dafür entgegen, dass wir entschlossen sind, alles zu tun, dieser Mahnung und Verpflichtung zu entsprechen, um wieder das Vertrauen und die Freundschaft des polnischen Volkes zu gewinnen, wie sie in den besten Jahren unserer Beziehungen zum Wohle unserer Völker zwischen uns bestanden haben. In diesem Geiste grüssen wir Sie und das polnische Volk.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Prof. Dr. Hans-Eckehard Bahr; Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch; Pfarrer Dr. Egon Franz; Prof. D. Helmut Gollwitzer; Pfarrer Dr. Johann Haar; Prof. D. Dr. Oskar Hammelsbeck; Rechtsanwalt Heinrich Hannover; Prof. Dr. Werner Hofmann; Dr. Hans Heinz Holz; Hauptabteilungsleiter Werner Jaspert; Pfarrer Joachim Kanitz; Dr. Arno Klönne; Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg; Prof. Dr. Walther Kreck; Dr. Reinhard Kühnl; Prof. D. Karl Kupisch; Prof. Karl Linke; Pfarrer Ascan Lutteroth; Dr. Friedrich-Wilhelm Marquardt; Pastor Dr. h. c. Herbert Mochalski; Prof. Dr. Jürgen Moltmann; Pastor D. Martin Niemöller; Referendar Joachim Perels; Prof. Dr. Renate Riemeck; Pfarrer D. Wolfgang Scherfig; Pfarrer Martin Schröter; Akadem. Rat Dr. Jürgen Seifert; Redakteur «Kritischer Katholizismus» Martin Stankowski; Pfarrer Dr. Hinrich Stoevesandt; Pfarrer Horst Symanowski; Pfarrer Heinrich Treblin; Generalsekretär des CVJM Hamburg Gerhard Weber; Dekan Gotthilf Weber; Pfarrer Heinrich Werner; Prof. Dr. Rudolf Wiethölter; Prof. D. Ernst Wolf.

Teilhaber- und Eigentümerschaft in der Industrie

Richard Allen, der Vorsitzende der Gruppe für Absichten und Anliegen der englischen Quäker, hat am 27. Juli 1969 in der George Cadbury Hall in Selly Oak nachstehendes Referat gehalten. In ihm interessiert uns vor allem die Darstellung praktischer Industriereform, die durch die hochherzige Selbstentäusserung eines ehemaligen Zürcher Bürgers, Ernst Bader aus Regensdorf, in Wollaston/Midlands Gestalt gewann.

Was ich hier mitzuteilen habe, findet seine Begründung in den Erfahrungen einer Gruppe von etwa 35 Quäkern, welche diese Konferenz aus sechs verschiedenen Ländern her besuchen und die aus verschiedenen Berufen stammen, wobei einige davon gar nichts mit der Industrie zu tun haben.

Zuerst möchte ich mich Ihnen vorstellen. Zu keiner Zeit habe ich ein Salär von der Industrie bezogen oder bin ich mit irgendwelchen industriellen Unternehmungen verbunden gewesen. Als ein pensionierter Staatsangestellter, der sein Leben lang dem Britischen Handelsamt gedient hat und während der selben Zeit ein Quäker war, halte ich mich nur für einen gleichgesinnten und, wenn ich es so sagen darf, für einen gutunterrichteten Aussenseiter. Bis vor kurzem war ich für einige Jahre der Vorsitzende des